

SPANDAUER RATHAUSBRIEF

SONDERAUSGABE



DILEK KALAYCI
IM GESPRÄCH

Unsere Gesundheits-
senatorin berichtet über
die aktuelle Lage

SEITE 3

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK SPANDAU · AUSGABE FRÜHJAHR 2020



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Liebe Spandauerinnen und Spandauer,

mit der heutigen Ausgabe des Stadtblattes der SPD-Fraktion Spandau möchten wir Sie über die aktuellen Fragen zur Corona - Krise informieren. Dabei möchte ich aber zuerst einen Dank an die Spandauerinnen und Spandauer richten, die sich an die Regeln in der Corona Krise halten.

Gerade diese Regeln, wie Abstand zu den Menschen halten, möglichst zu Hause zu bleiben und sorgfältig die hygienischen Regeln einzuhalten, sind dafür Garant, dass wir diese Epidemie erfolgreich überstehen können.

Ich spreche als Vorsitzender der SPD-Fraktion Spandau meinen ausdrücklichen Dank an die Menschen, die im medizinischen Bereich, im Polizei- und Feuerwehrewesen, im Handel, bei der BSR, BVG und in der Spandauer Verwaltung dafür Sorge tragen, dass die Menschen in dieser Krise gut versorgt werden.

Wir möchten in diesem Stadtblatt über die Covid-19 Krise auf der Ebene des Bezirks, des Landes Berlin aber auch der Bundesebene informieren. Sie können mich gerne per E-Mail kontaktieren (hass@spd-fraktion-spandau.de).

Bleiben Sie gesund.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Haß
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion BVV Spandau



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh an seinem veränderten Arbeitsplatz.

Foto: SPD-Fraktion Berlin

IN DIESER AUSGABE

CORONAVIRUS IN BERLIN

Wissenswertes von Julian Sterf
SEITE 2

WIR KÄMPFEN UM JEDEN ARBEITSPLATZ!

Rolf Wiegand zu aktuellen Arbeitnehmerfragen

SEITE 4

DIE KRISE VERÄNDERT UNS

Helmut Kleebank mit einem Blick in die Zukunft

SEITE 4

INGESCHRÄNKTE AKTIVITÄTEN

Stephan Machulik mit aktuellen Informationen

SEITE 5

SCHULDIGITALISIERUNG

Hannah Hübner zur Schule 4.0

SEITE 6

Das Wort der Stunde heißt: Solidarität

Ziel der ganzen Maßnahmen ist es, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen!

Eine solche Ausnahmesituation wie diese haben viele von uns noch nicht erlebt. Dazu hat die Berliner Politik sowohl im Land als auch im Bezirk entschlossen gehandelt. Maßnahmen, die vor einigen Wochen noch undenkbar gewesen wären, sind nun Teil unseres Alltags. Die Straßen sind leer, Läden, Restaurants und Cafés sind geschlossen. Viele arbeiten im Homeoffice.

Die Corona-Krise fordert uns alle. Die Folgen für uns alle sind schon jetzt spürbar: Der ansonsten beliebten Kiezbäckerei brechen im Augenblick alle Kunden weg. Das Lieblingsrestaurant um die Ecke musste schließen und darf höchstens noch Essen nach Hause liefern. Unsere wunderschöne Spandauer Altstadt ist menschenleer. Kurzum, Existenzen sind bedroht, unsere Stadt und unser Bezirk leben im Krisenmodus.

Gerade in dieser Zeit arbeiten viele Spandauerinnen und Spandauer hart, damit der Bezirk funktioniert. Ärztinnen, Pfleger, BSRler, BVGler, Bezirksamtsmitarbeiterinnen und viele viele mehr sind täglich für uns

da und versorgen uns bestmöglich. Ein Blick aus dem Fenster verrät uns, die Busse in Spandau sind auch weiterhin zuverlässig für alle da. Die Angestellten in den Lebensmittelläden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der örtlichen Apotheken versorgen uns gut. Diesen und vielen weiteren Mutigen und Tüchtigen gebührt unser allerhöchster Respekt und tiefe Dankbarkeit.

Spandau ist als Bezirk entschlossen in Berlin vorangegangen. Als einer der ersten Bezirke haben wir uns schweren Herzens entschieden, die Spiel- und Sportplätze des Bezirks zu sperren. Ordnungstadtrat Stephan Machulik hat umgehend mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus daran gearbeitet, wie in Zeiten der Kontaktlosigkeit Bürgerdienste aufrechtzuerhalten sind. Helmut Kleebank sorgt als unser Bürgermeister mit dem Schulamt dafür, dass unsere Kinder trotz geschlossener Schulen die bestmögliche Bildung erhalten. Oberste Priorität hat bei allem was wir tun, der Schutz von Menschenleben.

Die SPD in der Bundesregierung und im Berliner Senat hat sich für schnelle und unkomplizierte Hilfen stark gemacht. Diese sollen zum einen Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig Soloselbstständige und Kleinstunternehmen vor der Insolvenz retten. Diese Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie sind für unseren Bezirk Spandau nicht nur als Geschäfte sondern auch als Spandau – feeling wichtig.

Unser Ziel ist es, die Beeinträchtigungen für alle Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten, klar ist aber auch: Der Schutz von Menschenleben hat oberste Priorität. Spandau hat daher früh den Weg der Bundes- und Landesregierung unterstützt, den Handel zu beschränken, um die Verbreitung des Virus hier vor Ort zu verlangsamen. In dieser Krise benötigen wir eine krisenfeste politische Führung, die nichts auf die leichte Schulter nimmt, aber auch keine Panik befördert.

Wir Spandauerinnen und Spandauer kommen dann gut durch

diese Krise, wenn wir einander solidarisch beistehen. Tagtäglich sehe ich, wie unser Bezirk seine Grundtugend auslebt, seine Solidarität. Es gibt Einkaufsdienste für die Nachbarn, vermehrt werden ältere Mitmenschen angerufen und Hilfe angeboten. Behalten wir diese Solidarität bei – sie gibt uns Kraft und wird uns allen gemeinsam helfen, diese schwere Zeit zu überstehen.

Unsere Stadt hat in der Vergangenheit schon sehr schwere Zeiten erleben müssen. Doch was Berlin und Spandau immer ausgemacht hat, ist in schweren Zeiten die Ärmel hochzukrempeln, nicht zu lamentieren und die Gegenwart so zu nehmen wie sie ist und mit unerschütterlichem Optimismus in die Zukunft zu gehen. Wir werden diesen schweren Weg zusammen durchstehen und am Ende des Weges stärker ankommen. Bleiben Sie gesund und achten bitte auf sich und Ihre Liebsten.

Ihr Raed Saleh
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Berlin

Katastrophenschutz in Spandau

Uwe Ziesak: „Nach der Krise ist vor der Krise“ – Was können wir daraus lernen?

Covid-19 hat uns voll im Griff. Es vergeht keine Stunde, in der wir uns nicht mit der Krise beschäftigen. Sie betrifft alle Lebensbereiche: Gesundheit, Sport, Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Arbeit, Familie und unser unmittelbares Lebensumfeld.

Man sollte jetzt nicht nur über Ausstiegsszenarien bezüglich der Aufhebung der Beschränkungen nachdenken, sondern auch Vorkehrungen treffen, um in Zukunft auf Katastrophen besser vorbereitet zu

sein und ihnen mit geeigneten Maßnahmen begegnen zu können.

Der Katastrophenschutz ist Ländersache. Auf der Landesebene werden die Kräfte gebündelt. Zur Bewältigung einer Katastrophe reichen die Kräfte und Mittel der Behörden, wie Polizei und Feuerwehr, nicht aus. Sie benötigen Unterstützung durch Dritte, wie die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und

Malteser Hilfsdienst. Die tragenden Kräfte dieser Organisationen sind überwiegend ehrenamtliche und freiwillige Helfer.

Falls in einem Katastrophenfall die Kräfte und Mittel im Land Berlin nicht ausreichen, bedarf es zusätzlicher Unterstützung von außen. Hierfür können das Technische Hilfswerk und die Bundeswehr herangezogen werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges, Anfang der neunziger Jahre, wurden die personellen und materiellen Kapazitäten

des Katastrophenschutzes stark reduziert. So wurde in Berlin z.B. die sogenannte Senatsreserve (Einlagerung u. a. von Lebensmitteln, Brennstoffen und Seife) aufgelöst. Dies geschah, weil die Notwendigkeit einer Bevorratung nicht mehr gesehen wurde und die finanziellen Mittel hierfür auch nicht mehr vorhanden waren.

Die Covid-19-Pandemie wird die Haushalte des Bundes und der Länder erheblich belasten, gleichwohl heißt es dann aus der Krise lernend,

dass Schwerpunkte für eine Katastrophenbewältigung neu gesetzt werden müssen. Hierzu müssen folgende Punkte im Rahmen des Katastrophenschutzes unbedingt beachtet werden: Aufbau eines Vorrates an Lebensmitteln und Hygieneartikeln, Einrichtung von Notkapazitäten im medizinischen Bereich, Bevorratung von Medikamenten und Schutzkleidung.

Es ist wichtig zu handeln, damit wir für die Zukunft besser aufgestellt sind.

Covid-19 in Berlin

Hintergrund, Übertragungswege und Pandemieverlauf

Schulschließungen, Ausgangsbeschränkungen und Kontaktbeschränkungen sind die Reaktion auf rasant steigende Fallzahlen in und außerhalb Berlins. Um politische Entscheidungen nachzuvollziehen und privat die richtigen Entscheidungen treffen zu können, muss man das neuartige Coronavirus und die Dynamik einer Pandemie verstehen. Aufgrund der täglich sich ändernden Situation müssen jedoch alle Empfehlungen stets überdacht und den neuen Erkenntnissen angepasst werden. Um das Virus einzudämmen müssen wir alle uns einschränken.

Steckbrief und Hintergrund

Das Virus, um das es sich handelt, heißt SARS-CoV-2 (Schweres akutes Atemwegssyndrom Coronavirus 2), es verursacht die Krankheit COVID-19 und gehört wie seine Vorläufer SARS und MERS zur Virusfamilie der Coronaviren. Coronaviren sind als Erkältungsviren weit verbreitet, auch unter verschiedenen Tierarten. Erlangt ein Tiervirus durch Genaustausch (Antigenshift) mit Menschenviren die Fähigkeit Menschen zu infizieren, kann es sich zu einer Seuche entwickeln. Da es sich hier um ein neues Virus handelt bestehen weder Immunitäten in der Bevölkerung, noch sind Immunitäten oder Impfstoffe entwickelt. Dadurch kann sich das Virus rasant auf der ganzen Welt ausbreiten.

Übertragungswege

Die Übertragung erfolgt hauptsächlich über Tröpfcheninfektion. Sekrete der Atemwege und die Atemwegsschleimhaut sind infektiös und werden beim Husten und Sprechen in die Umgebungsluft abgegeben. Hierbei entstehen Tröpfchen und Aerosole (Aerosole = winzig kleine Partikel, an die sich Viren binden und sehr lange in der Luft bleiben). Zusätzlich ist eine Kontaktinfektion über kontaminierte Oberflächen möglich, gerade über Hände von Menschen.

Krankheitsverlauf und Risikogruppen

Die Inkubationszeit (Zeit bis zum Auftreten der ersten Symptome) beträgt meistens 5-6 und kann bis zu 14 Tage betragen. Noch vor Auftreten der ersten Symptome können andere angesteckt werden. Genaue Zahlen gibt es noch nicht, da milde Fälle oftmals nicht erkannt werden. Auch offizielle Zahlen müssen daher von Experten eingeordnet werden und können nur als Richtwert angesehen werden.

Ein Großteil der Erkrankungen verläuft mild, sie können zu Hause auskuriert werden. Symptome sind hier meist Husten und Fieber. Bei schweren Verläufen verschlechtert sich meist nach einer Woche der Zustand erheblich. Es kommt zu Atemnot und Sauerstoffmangel. In besonders schweren Fällen müssen Patienten künstlich beatmet werden.

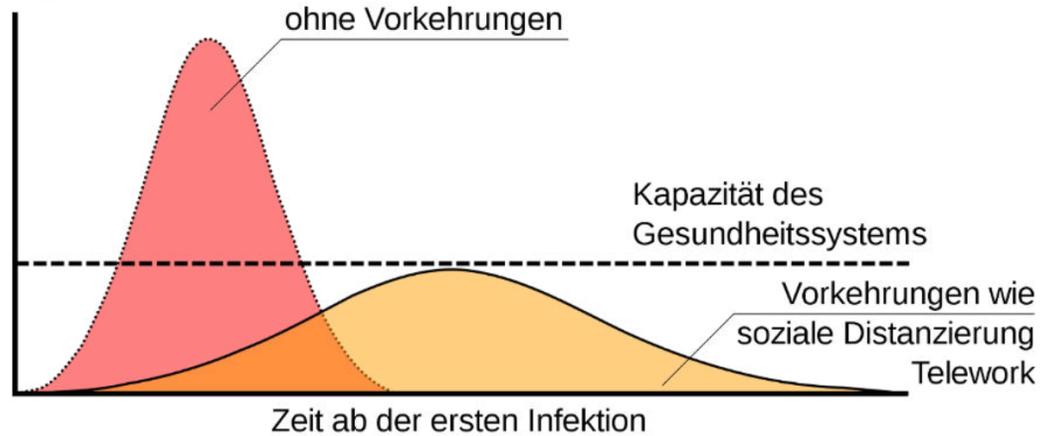
Der Anteil der Todesfälle an den bestätigten Fällen beträgt meistens circa 2%. Da aber viele milde Fälle nicht erkannt werden, liegt die tatsächliche Todesrate wohl darunter.

Gefährlich ist COVID-19 für Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen. Zu den Risikoerkrankungen zählen Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes, Krebs und chronische Atemwegserkrankungen. Raucher sind ebenfalls stärker betroffen. Bei diesen Gruppen steigt die Sterblichkeit erheblich an.

Pandemieverlauf

Anders als SARS oder MERS mit Sterblichkeitsraten von 10 bzw. 30 % besteht die Gefahr durch SARS-COV-2 nicht in einer generellen Tödlichkeit, sondern vor allem in der raschen Verbreitungsgeschwindigkeit. Der dazugehörige Fachbegriff ist die Replikationszahl, sie

Zahl der Infizierten



gibt an wie viele weitere Menschen eine infizierte Person durchschnittlich ansteckt. Das RKI gibt diese derzeit mit einem Wert zwischen 2,4 und 3,3 an. Neben der Verbreitungsgeschwindigkeit ist sie ein Indikator dafür, wie viele Menschen sich infizieren bevor die Pandemie endet. Ist nur eine der 2,4 – 3,3 infizierten Personen nicht immun bzw. nicht bereits infiziert, steigt die Zahl der Infizierten nicht mehr an.

Aus dieser einfachen Überlegung ergibt sich, dass sich 60 – 70 % der deutschen Bevölkerung infizieren werden. Das ist mittlerweile unausweichlich, eine Eindämmung ist nicht mehr möglich.

Es geht nun also darum, wer infiziert wird und wie schnell sich das Virus ausbreitet.

Breitet es sich zu schnell aus, werden die 28000 Intensivstationen in Deutschland nicht ausreichen. Sollten so viele Infektionen auftreten, dass diese nicht mehr ausreichen, werden Ärzte entscheiden müssen welche Patienten sie zuerst behandeln. Der medizinische Begriff hierfür ist die Triage, bei der die hoffnungslosen Fälle von denen mit guten Überlebenschancen getrennt werden. Dies betrifft dann auch alle anderen Fälle wie Unfälle oder chronische Erkrankungen. Es sind also nicht nur die Risikogruppen betroffen! Solche unerträglichen Maßnahmen dürfen nicht erforderlich werden, weshalb die Infektionen über mehrere Monate verteilt werden müssen.

In der Grafik ist zu erkennen, wie schnell die Infektionszahlen nach anfänglich niedrigen Zahlen ansteigen. Es musste also eingegriffen

werden bevor die Situation kritisch wurde.

Tests, Medikamente und Impfstoffe

Flächendeckende Tests sind derzeit in Deutschland nicht möglich und das obwohl Deutschland was Labortests angeht sehr gut ausgestattet ist. Selbsttests, die rechtzeitig das Virus nachweisen könnten, gibt es derzeit nicht. Die vorhandenen Testkapazitäten müssen deshalb für diejenigen aufgewendet werden, die sie tatsächlich benötigen. Also Risikogruppen und systemrelevante Personen, wie medizinisches Personal.

Medikamente, die die Heilung beschleunigen, sogenannte Virostatika werden derzeit getestet. Jedoch ist mit einem echten Einsatz in naher Zukunft nicht zu rechnen und es gibt keine Garantie, dass sie auch wirken. Das gleiche gilt für einen Impfstoff, möglicherweise wird es diesen erst nächstes Jahr geben.

Maßnahmen

Um die Ansteckungsgefahr zu verringern, wurden zahlreiche politische Maßnahmen getroffen. Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, müssen wir uns alle einschränken. Das Ziel ist es, das gesellschaftliche Leben so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Auch jetzt werden nicht nur Krankenhäuser benötigt, sondern die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Strom, Wasser, Gas, Müllentsorgung etc. muss gewährleistet bleiben. Jede Gefährdung der Arbeitsfähigkeit von Menschen in unserer Gesellschaft wie Ärztinnen

oder Krankenpflegern muss sorgfältig abgewogen werden. Ein Beispiel: In Kitas haben Viren leichtes Spiel, die nicht gefährdeten Kinder stecken die Eltern an. Schließt man sie aber, können viele Eltern nicht mehr zur Arbeit gehen.

Es ist also immer besser, dort zu verzichten, wo es das Privatleben einschränkt. Dazu zählen Großveranstaltungen, Clubs, Bars, etc.. Außerdem ist jeder und jede privat gefragt, richtiges Husten und Niesen, Verringerung sozialer Kontakte und Hilfe für Risikogruppen (wie beim Einkauf) sind wichtig.

Ganz besonders gilt, regelmäßige Hände mit Seife waschen (30 sek Einreiben), Desinfektionsmittel ersetzen kein Händewaschen!

Die Lage in Berlin

Diese Überlegungen spiegeln sich in den jetzt getroffenen Maßnahmen wieder. Eine vollkommene Ausgangssperre ist derzeit noch nicht nötig. Ob sie doch noch kommen muss, hängt allerdings direkt mit dem Verhalten von uns allen zusammen, denn an die Maßnahmen muss sich auch gehalten werden. So unangenehm es auch ist, unnötige Aufenthalte außerhalb der Wohnung gehen nicht!

Weiterhin haben systemrelevante Personen einen Anspruch auf Notbetreuung der Kinder. So können sie auch weiterhin unsere Versorgung sicherstellen.

Erste Priorität hat natürlich der Schutz von Menschenleben, dennoch stehen besonders in Berlin viele Menschen durch den Shutdown vor dem wirtschaftlichen Ruin. Hier hilft der Corona Zuschuss der Investitionsbank Berlin. Die kulturelle Vielfalt Berlins muss geschützt werden! (JS)

IMPRESSUM

Spandauer Rathausbrief
Wissenswertes aus Berlin
und dem Bezirk Spandau

Herausgeber:
SPD-Fraktion Spandau
Fraktionsvorsitzender
Christian Haß (V.i.S.d.P.)

Carl-Schurz-Str. 2-6, 13597 Berlin
Raum 1210 - Nebengebäude

Redaktion des Spandauer Rathausbriefes:
Hannah Hübner, Andreas Hehn, Christian Haß,
Julian Sterf, Nanook Sendrowski, Niklas Nagel,
Steffen Hofmann, Jürgen Jänen, Lukas Schulz,
Uwe Ziesak, Stephan Machulik

Redaktionelle Bearbeitung:
Jürgen Jänen, Susanne Pape, Francesco-Marco
Tommasino

Layout & Satz:
Francesco-Marco Tommasino

Organisation & Vertrieb:
Lukas Schulz, Steffen Hofmann

Unbürokratische Wirtschaftshilfe!

Interview mit einem Solo-Selbstständigen über die Auswirkungen der Coronakrise

Die Coronakrise stellt Solo- und Kleinstunternehmen vor große Herausforderungen. Andreas Hehn sprach über die Auswirkungen mit dem Fahrschulinhaber, Mehmet Can (M.C.), der seit 1997 im Familienbetrieb eine Fahrschule in Spandau betreibt.

Was bedeutet die Krise und die Einschränkungen für Ihr Unternehmen?

M.C.: Anfänglich wurde der Fahrschulbetrieb stark eingeschränkt und ich musste mein Personal reduzieren, schließlich trage ich Verantwortung meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Fahrschülern gegenüber. Leider musste ich meine Fahrschule trotz allem am 19. März schließen. Seitdem habe



Die Coronakrise stellt Solo- und Kleinstunternehmen vor große Herausforderungen - so auch Fahrschulinhaber Mehmet Can. Foto: Andreas Hehn

ich erhebliche finanzielle Einbußen. **Was tun Sie um kein Personal zu entlassen?**

M.C.: Ich habe Kurzarbeitergeld beantragt. Eine Kreditaufnahme bei der IBB kam für mich nicht in Frage, da eine Rückzahlung als Kleinunternehmer mit ungewisser Zukunft nicht möglich ist. Schließlich habe ich mich für das Coronapaket 2 der IBB entschieden. Daraus erhalte ich einen Zuschuss für bis zu fünf Mitarbeiter. Die Auszahlung erfolgte innerhalb von drei Tagen, verlief sehr schnell und unbürokratisch. Dafür bin ich dankbar und es hilft mir.

Was muss passieren, dass Ihr Unternehmen die Krise übersteht?
M.C.: Ich hoffe sehr, dass wir alle

gesund bleiben und die Coronakrise unbeschadet überstehen. Erst dann werde ich sehen wie und wann ich den Fahrschulbetrieb wieder aufnehmen kann, um die Normalität im Betrieb wieder herzustellen.

Fühlen Sie sich von der Politik ausreichend unterstützt?

M.C.: Ja, ich bin dankbar für die unkomplizierte, schnelle staatliche Unterstützung. Sie sichert vorerst die Existenz meines Betriebes und dadurch die Arbeitsplätze meiner Mitarbeiter. Durch den Zusammenhalt und die Solidarität werden wir diese Krise hoffentlich gemeinsam meistern.

Vielen Dank für das Gespräch.

„Ich habe da mal `ne Frage“

Raed Saleh spricht mit Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci über die aktuellen Entwicklungen

„Ich habe da mal `ne Frage- Mein Name ist Raed Saleh und heute treffe ich Dilek Kalayci, Gesundheitssenatorin.“ So fängt der Podcast von Raed Saleh mit Dilek Kalayci, der Berliner Gesundheitssenatorin an. Wir haben hier einen Auszug des Interviews für den Spandauer Rathausbrief abgedruckt:

RS: Wie geht es dir Dilek?

DK: Mir geht es gut, also ich komme mit wenig Schlaf klar, aber es ist schon eine andere Zeit Politik zu machen. Hier geht es um Menschenleben und die Lage ist sehr ernst, deswegen arbeiten mein Team und ich, auch mein Krisenstab, mit Hochdruck rund um die Uhr.

RS: Wir sehen uns in den Se-

natssitzungen regelmäßig und telefonieren auch. Du bist gefühlt rund um die Uhr im Einsatz. Beschreib mal deinen Tagesablauf.

DK: Also morgens um acht Uhr ist schon die erste Telefonkonferenz, um die Lage mit dem Krisenstab zu erörtern.

RS: Was heißt Lage? Das heißt die Situation wie sie gerade ist? Die neuen Zahlen? Die neue Situation in der Stadt? Oder was heißt Lage?

DK: Lage heißt, wie hat sich die Pandemie international entwickelt, wo gibt es Besonderheiten, wo gibt es Entwicklungen, wie ist die Entwicklung in Deutschland aber vor allem, wie ist die Entwicklung in Berlin. Wir gucken uns die Fallzahlen in Berlin genau an. Wie ist der

Altersdurchschnitt, wie viele Menschen sind in den Krankenhäusern und wie viele sind gestorben. Das analysieren wir.

RS: Und da geht es quasi Termin nach Termin, Schalte nach Schalte?

DK: Wir machen weniger Sitzungen mit Präsenz seit die Pandemie da ist, sondern es finden sehr viele Telefonkonferenzen statt. Wir lernen jetzt, dass man über Medien Sitzungen abhalten kann. Ich habe Telefonkonferenzen mit den gesundheitspolitischen Sprecherinnen, mit dem Senat, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit dem Bundesgesundheitsminister und mit den anderen Gesundheitsministerinnen und Ministern der Länder. Wie ist die

Lage, welche Entwicklung gibt es, welche Probleme gibt es, was können wir gemeinsam lösen, sind die Fragen, die wir besprechen.

RS: Also viel Informationsfluss und sehr viel Informationsaustausch.

DK: Minütlich

RS: Wie würdest du die Situation bei uns in Berlin jetzt in diesem Augenblick beschreiben?

DK: Wir kommen in der Entwicklung etwas hinterher. Wir haben Epizentren in Bayern und in Baden-Württemberg, in NRW und danach kommt Berlin. Das heißt auch Hamburg hat eine stärkere Fallzahlentwicklung, wenn man es auf die Bevölkerung beschränkt. Das heißt, wir kommen bei der Entwicklung etwas hinterher, aber

das ist kein Grund sich zurückzulehnen, denn in allen Bundesländern ist die Entwicklung gleichermaßen. Sie sind am Anfang einer Epidemie und wir rechnen alle gemeinsam mit stark steigenden Zahlen in den nächsten Tagen und Wochen.

RS: Die Bundeskanzlerin hat den Satz geprägt: „Die Lage ist sehr ernst“. Du hattest diesen Satz schon Wochen vorher geprägt: „Die Lage ist ernst. Wir haben keine Zeit zu verlieren oder die Zeit ist unser größter Gegner“. Was genau meinstest du damit, die Zeit ist unser größter Gegner?

DK: Mein Krisenstab ist sehr eng an den Entwicklungen. Das heißt, wir haben Verknüpfungen zum Ro-



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh im Gespräch mit Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci.

Foto: SPD-Fraktion Berlin

bert Koch Institut und wenn sich was entwickelt, neue Erkenntnisse kommen, sind wir sehr früh informiert und deswegen beurteilen wir die Lage immer neu. Und wenn ich gesagt habe, die Lage ist ernst, dann gab es Erkenntnisse, die darauf hingewiesen haben, dass die Zahl der Fälle, die in Krankenhäusern behandelt werden müssen sowie die Todesfälle steigen werden. Es ist inzwischen Konsens, bei der Kanzlerin, alle Bundesländer machen mit, dass drastische Einschränkungen vorgenommen werden müssen, um bei der Ausbreitung dieses Virus etwas Zeit zu gewinnen.

RS: Es gab Kritik, wir hätten in Berlin eine der härtesten Vorgaben in ganz Deutschland und ich weiß auch, dass du diejenige bist, die immer wieder drauf gedrängt hat zu sagen: Leute lasst uns mal die Maßnahmen einfördern und auch umsetzen, die notwendig sind und dir wurde ein Stückweit vorgeworfen, du würdest zu hart an die Sache rangehen. Wie gehst du mit so einer Kritik um?

DK: Bei so einer schlimmen Krankheit, die sich ausbreitet und die hoch ansteckend ist, ist der Zeitfaktor entscheidend. Man muss Maßnahmen frühzeitig treffen. Deswegen haben wir frühzeitig Vorschläge gemacht. Wir haben gesagt, die ITB muss abgesagt werden, Großveranstaltungen dürfen nicht stattfinden, haben Kitas, Schulen und Klubs geschlossen und letztendlich eine Kontaktbeschränkung für Berlin ausgesprochen. Rückblickend kann ich nur sagen, dass das ein politischer Verhandlungsprozess und ein Abwägungsprozess gewesen ist, aber am

Ende haben wir die richtigen Entscheidungen frühzeitig getroffen.

RS: Das war eine typische Politikerinnen Antwort...

DK: Es geht um Menschenleben und das ist tatsächlich was ganz anderes wenn man Politik macht und wenn man davon überzeugt ist, dass man mit einer Maßnahme Leben retten kann und wenn es nur ein einziges ist, dann ist es das wert. Mit dieser Überzeugung handle ich jeden Tag. Es geht nicht darum meine Beliebtheitswerte zu steigern, sondern jetzt geht es darum Menschenleben zu retten.

RS: Wie würdest du die medizinische Versorgung in Berlin beschreiben. Du hast gerade ein Projekt, das sogenannte Corona Krankenhaus. Dort sind fünfhundert bis tausend Betten an der Messe geplant. Warum muss das sein?

DK: Wir haben frühzeitig erkannt, dass es sich zu einer Pandemie entwickelt, als viele noch gesagt haben, vielleicht ist es ja nicht so schlimm. Wir haben früh mit allen Berliner Krankenhäusern, vor allem mit allen 38 Notfall Krankenhäusern und gemeinsam mit der Charité ein Safe Konzept entwickelt. Wir haben ein Zentrum bei der Charité gebildet, wo die qualitative Zusammenarbeit der Krankenhäuser bei der Behandlung von Corona Patienten verabredet wurde. Dieses System ist einmalig. Das ist eine qualitative Vorbereitung. Wir haben frühzeitig mit den Krankenhäusern verabredet, dass sie ihre Intensiv- und Beatmungskapazitäten erhöhen. Wir haben heute die gute Nachricht, dass dadurch eine Verdopplung dieser Kapazitäten im

April realisiert wurde. Alle haben zusätzliches Personal geschult.

RS: Das heißt, du denkst einen Schritt weiter. Nicht ausruhen, sondern sagen, es ist eine Pandemie, nehmt die Sache ernst, wir brauchen noch Reservebetten. Kann man das so Abkürzen?

DK: Egal wie gut die Krankenhäuser aufgestellt sind, wir müssen bei dieser Pandemie damit rechnen, dass wir nicht genug Betten haben. Für diese Situation bauen wir ein Reservelazarett. Das wird etwas gutes, weil es ein Mischkonzept geworden ist, zwischen Krankenhaus und Lazarett. Wir fangen mit 500 Betten an, das Konzept ist so aufgestellt dass man Kapazitäten leicht aufstocken kann.

RS: Also Zielsetzung ist bis zu tausend Betten...

DK: Wir wollen bis zu tausend Betten realisieren.

RS: Du bist für das Thema Pflege zuständig. Das ist ein komplett neues Ressort. Als Pflege-Senatorin, wie siehst du die Situation in der Pflege?

DK: Wir wissen von diesem Virus noch nicht alles, aber eins haben wir aus China und aus Italien gelernt, dass es anfällige Gruppen gibt, die stärker betroffen sind vom Krankheitsverlauf und von der Todeshäufigkeit. Das sind die älteren Menschen, die stärker betroffen sind. Deswegen ist in Pflegeheimen sehr wichtig, dass hier ganz klar mit Abstand und Hygieneregeln gearbeitet wird, aber da ist das Personal auch gut geschult. Wir haben Schutzmasken in die Einrichtung gegeben. Es wird dort auf diese Gruppe von älteren Menschen geachtet. Ich habe gesagt, dass ich äl-

teren Menschen wirklich empfehle weitgehend zu Hause zu bleiben und an die Solidarität der Stadt appelliert, die älteren Menschen zu unterstützen, dass sie nicht einkaufen gehen müssen, dass sie kein Rezept abholen müssen. Das ist unnötig zur Zeit. Sie sollen Luft schnappen, aber unnötige Menschenansammlungen meiden.

RS: Weil es am Ende Menschenleben schützt.

DK: Ja. Es sterben tagtäglich Menschen um die achtzig, ohne eine Infektion wären diese Menschen noch am Leben.

RS: Deine Mutter ist wie jung?

DK: Meine Mutter ist 83 Jahre alt.

RS: Was rätst du ihr, wenn du mit ihr telefonierst.

DK: Ich habe das schon sehr früh mit meiner Schwester und ihr abgemacht. Wir haben die Lage mit ihr besprochen. Sie ist eine kluge Frau und hat sofort gesagt, sie möchte sich selbst schützen. Also haben wir sehr früh angefangen, dass sich kleine Kinder und Hunde von ihr fernhalten. Sie ist in einer häuslichen Selbstisolation. Wenn ich sie besuche, dann mit Abstand. Ich muss ehrlich sagen, ich habe es früher immer nur geschafft sie einmal in der Woche am Sonntag zu besuchen. Inzwischen spreche ich öfter mit ihr über Video, weil das auch leichter ist, man sieht sich, man hört sich. Sie ist munter wie immer.

RS: Wie lange dauert diese Corona Krisen noch?

DK: Die Experten schätzen, dass wir mit bis zu zwei Jahren rechnen müssen. Die Frage ist nur, in welchem Zeitabstand die Ausbreitung

stattfindet. Wenn wir das verlangsamten können, dann kann man die Zahl der Menschen, die sterben, kleiner halten. Das ist unsere Strategie.

RS: Es heißt aber nicht zwei Jahre Ausgangsbeschränkung?

DK: Wir werden auf jeden Fall schauen, wie sich diese Beschränkungen auswirken. Das Thema regeln wir gemeinsam mit allen Bundesländern. Wir entscheiden bundeseinheitlich, wie wir weiter vorgehen. Ich rechne nicht mit einer schnellen Lockerung. Wir sind noch lange nicht über den Berg.

RS: Wie schnell denn? Einige Wochen oder vielleicht sogar einige Monate?

DK: Das ist schwierig zu sagen. Man muss bei so einer Pandemie wirklich immer neu beurteilen. Voraussagen sind, weil diese Krankheit nicht so bekannt ist, ganz schwierig. Wir werden schauen müssen, wie wirken diese Maßnahmen, wie ist die Entwicklung der betroffenen Menschen in den Krankenhäusern, können wir lockern oder müssen wir vielleicht noch schärfere Maßnahmen auf den Weg bringen.

RS: Das heißt jetzt nicht zwei Jahre Beschränkungen?

DK: Nein. Also die Ausbreitung würde sich verlangsamen. Ich rechne nicht damit, dass wir so harte Beschränkungen über viele Jahre haben werden.

RS: Wenn alles vorbei ist, was machst du als erstes?

DK: Was ich am meisten vermisse, sind die Spaziergänge mit meiner Mutter. Das hole ich auf jeden Fall nach.

RS: Vielen Dank für das Gespräch und deinen Einsatz.

„Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz!“

Hubertus Heil macht das richtig, Kurzarbeit statt Kündigung! Das Verhalten einiger Arbeitgeber ist kritikwürdig.



Innerhalb von 14 Tagen hat die Bundesregierung diverse Rettungspakete aus dem Boden gestampft. Das Ziel war und ist es, den Mitbürgerinnen und -bürgern in dieser Krise Sicherheit zu geben, zur Gesundheit auch die wirtschaftliche Lebensbasis zu sichern, dazu gehört gerade die Arbeitsplatzsicherheit.

Kurzarbeit statt Kündigung!

Das Instrument der Kurzarbeit ist ein bewährtes Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Sie sorgt dafür, dass Arbeitgeber, Beschäftigte und der Staat gemeinsam Verantwortung übernehmen, Kündigungen vermieden werden und so zum Ende der Krise die Arbeit wieder nahtlos aufgenommen werden kann. Bezahlt wird das Kurzarbeitergeld im Wesentlichen aus der Kasse der Bundesagentur für Arbeit und damit aus Mitteln der versicherten Beitragszahler*innen. (aktuell Rücklage 24 Milliarden €).

Den Arbeitgebern werden 100% erstattet

Die Bundesregierung hat entschieden, dass Kurzarbeit bereits ab 10% Betroffener eines Betriebs angemeldet werden kann und die Sozialbeiträge den Arbeitgebern jetzt zu 100% erstattet werden. Die Arbeitgeberverbände hatten sich in den Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Gewerkschaften geweigert, die 100% Erstattung für ihre Beschäftigten einzusetzen und das Kurzarbeitergeld von 60 auf 80% für Alle aufzustocken. Jetzt heißt das für die Gewerkschaften im Häuserkampf Vereinbarungen zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zu erreichen. In den Branchen, Tarifbereichen und Betrieben werden jetzt einzelne Vereinbarungen von Gewerkschaften und Betriebsräten verhandelt. Dies passiert mit Erfolgen und so erreichen die Gewerkschaften Aufstockungen bis zu 100%. Es gibt jedoch auch bittere Absagen, insbesondere im Bereich

Die soziale Sicherung hält. Schneller und leichter Grundsicherung, Sozialhilfe und Kinderzuschlag erhalten.

50 Milliarden Euro Soforthilfe. Damit Freiberufler, Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen flüssig bleiben.

Sorgenfrei wohnen. Keine Kündigung der Wohnung bei Mietschulden.

Kurzarbeit statt Kündigung. Nach der Krise starten wir wieder durch!

SPD
Fraktion im Bundestag

Grafiken: alexdndz/Shutterstock

der Dienstleistungen, hoch gelobt in der Krise, aber erneut abgespeist bei der Absicherung. Deshalb Schluss mit kollektivem Betteln, sondern rein in die Gewerkschaften und machtvoll für die eigenen Interessen kämpfen.

„In der Krise beweist sich der Charakter!“ (Helmut Schmidt)

Klatschen reicht nicht, insbesondere für die Menschen, die den Laden am Laufen halten!

Weitere Infos unter

<https://spd.berlin>

<https://www.spdfraktion-berlin.de>

<https://www.spdfraktion.de>

WIR HALTEN ZUSAMMEN!

Unser Schutzschirm für Beschäftigte:

- **Keine Kündigung notwendig!**
Durch leichteren Bezug von Kurzarbeitergeld.
- **Sichere Arbeitsplätze!**
Zuschüsse und Kredite für Unternehmen.
- **Keine zu großen Lohneinbußen von Eltern!**
Auch wenn die Betreuung wegfällt.
- **Einfacher Bezug von Grundsicherung!**
Unbürokratisch ohne Vermögensprüfung.

Virenschutz im Taxi

Berliner Taxiinnung macht Taxifahrten sicherer

Die ersten Infektionsschutzscheiben sind in Berliner Taxien eingebaut. Durch diese Schutzscheiben sollen sowohl die Taxifahrer als auch deren Kunden besser geschützt werden. „Wir bitten die Kunden nur hinten in den Taxen Platz zu nehmen“, so Leszek Nadolski, Vorsitzender der Berliner Taxiinnung. Durch den Einbau dieser Plexiglasscheiben wollen die Taxifahrer helfen, die Infektionsgefahr zu minimieren.

„Die Berliner Taxiinnung besteht zu einem Großteil aus Solo-Selbst-

ständigen. Gerade die unbürokratische Soforthilfe des Berliner Senats hilft vielen Taxifahrerinnen und Taxifahrern diese schwere Zeit zu bewältigen“, sagt der Vorsitzende der Berliner Taxiinnung Leszek Nadolski.

Die Taxen gehören zum Öffentlichen Personennahverkehr, deshalb ist es wichtig, dass sie diese Krise überstehen.

Der Einbau des Spuckschutzes ist deshalb sinnvoll und schützt sowohl die Taxifahrer sowie deren Kunden vor Infektionen.



Schutzscheiben - hierdurch wird der Schutz für Fahrerinnen und Fahrer sowie Fahrgäste im Taxi erheblich erweitert. Foto: Jürgen Jänen

Wie uns die Krise verändert

Unser Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank mit einem Blick in die Zukunft

Japanische Begrüßungsregeln? Mundschutz als Pflicht? Pandemiebedarf im Fachgeschäft um die Ecke? Homeoffice als Regelarbeitsplatz? – Derzeit weiß wohl niemand genau, wie die Zukunft nach Corona aussehen wird. Gibt es überhaupt eine Zeit nach Corona?

Die Krise verändert uns

Viel wahrscheinlicher ist wohl, dass wir uns auf ein Leben mit Corona einstellen müssen. So wie wir auch gelernt haben mit Influenza, also Grippe, und vielen anderen übertragbaren Krankheiten zu leben. Wir haben gelernt, uns und die

Gesellschaft zu schützen, damit es eben nicht zu großen Ausbrüchen wie derzeit mit dem Coronavirus kommen kann.

Was nach SARS nicht richtig im kollektiven Bewusstsein angekommen war, ist es hoffentlich jetzt: Der globale Flug- und Reiseverkehr ist auch für Krankheitserreger jeder Art die ideale Schnellstraße zur weltweiten Verbreitung. Zur Bekämpfung müssen jeder einzelne aber auch die Gesellschaft als Ganzes einiges tun.

Gleichzeitig zwingt uns aber die Krise schon jetzt vieles neu zu denken und zu ändern, was (hoffentlich) Langzeitwirkung entfalten wird. Eine bessere Pandemie- und

Katastrophenvorsorge ist z.B. sehr naheliegend. Homeoffice kann als Ergänzung zur Präsenzarbeit auch im öffentlichen Dienst zum neuen Standard werden, auch ohne Krise.

Und alles, was nur geht, sollte auch als digitaler Dienst den Bürgerinnen und Bürgern von den Behörden schnellstmöglich angeboten werden.

Dass die Digitalisierung wiederum kein Allheilmittel ist, muss mitbedacht werden. Auch der digitale Blackout ist ein Katastrophenszenario, für das es eine Vorsorge geben muss.

Aber die Liste ist lang: Dass z. B. wichtige Güter auch immer noch im eigenen Land oder zumindest in

der EU produziert werden sollten, zeigen der derzeitige Mangel an manchen Medikamenten, Schutzmasken, Stahl und die Debatte um die Verfügbarkeit von Impfstoffen gegen das Coronavirus.



Nicht zuletzt steht zur Debatte, dass der Staat zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger wieder viel mehr steuern muss, als in den letzten Jahren. Ein freier nur auf Profit ausgerichteter Markt wird keine Infektions- oder Pandemievorsorge treffen. Dazu müssen Politik und Verwaltung den Markt durch entsprechende gesetzliche Vorgaben zwingen oder der Staat muss es selbst machen.

Durch die Krise wird einiges klarer. Z. B. wie verwundbar diese Gesellschaft aber auch jeder einzelne ist. Der Wert des sozialen Zusammenhalts wird deutlicher erkannt. Es ist wichtig, dass manche dieser Erkenntnisse in die Nach-Corona-Ära hinübergerettet werden.

Das Ordnungsamt in Zeiten von Corona

Das Ordnungsamt ist ansprechbar - Kontrollen nach Eindämmungsverordnung

In schwierigen Zeiten müssen auch unangenehme Entscheidungen durchgesetzt und kontrolliert werden. Mit der sogenannten „Eindämmungsverordnung“ des Landes Berlin, die fortlaufend ergänzt und konkretisiert wird, hat der Senat einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der helfen soll die Pandemie zu stoppen, also die Zahl der Neuinfizierten kontinuierlich zu senken.

Dieser Maßnahmenkatalog wird von der Polizei und den bezirklichen Ordnungsämtern durchgesetzt.

Viele Maßnahmen betreffen die Spandauerinnen und Spandauer nur indirekt, wie Schließung von Raucherkneipen, Spielhallen und Shisha-Bars. Orte an denen Menschen zusammenkamen, aber an denen weder Verstöße gegen die Abstandsregelungen zwischen den Besucherinnen und Besuchern noch eine zusätzliche Gefährdung durch Immissionen ausgeschlossen werden konnten.

Anders verhält es sich mit der Anordnung der Schließung von gastronomischen Einrichtungen, dem



SPD-Bezirksstadtrat Stephan Machulik im Gespräch mit seinen Mitarbeitern vom Ordnungsamt.

Foto: SPD-Fraktion Spandau

Einzelhandel und von Spielplätzen. Von diesen Einschränkungen, wie auch den Beschränkungen für Kontakte und den Ausgang, sind nun alle Spandauerinnen und Spandauer

er betroffen.

Seit Ende März klären Polizei und Ordnungsämter die Bevölkerung darüber auf, was erlaubt ist und weshalb etwas untersagt ist. Nicht

jedem fällt es leicht liebgegewordene Angewohnheiten von heute auf morgen abzulegen. Der Senat verfügt diese Beschränkungen nicht, weil er die Bürgerinnen und Bürger

gänglich will und die Ordnungskräfte sind nicht auf der Straße, um die Spandauerinnen und Spandauer zu maßregeln.

Machulik: „Unser Auftrag als Regierungsverantwortliche ist es, sie – unsere Bürgerinnen und Bürger – zu schützen! Deutschland, Berlin und auch der Bezirk Spandau sehen in den beschlossenen Beschränkungen derzeit die einzige zielführende Maßnahme, um das Schlimmste von unseren Bürgerinnen und Bürgern abzuwehren. Es wurde abgewogen und darüber diskutiert. Möglicherweise zeigt die Zukunft, dass das eine ohne andere zu streng ausgelegt wurde, aber derzeit handeln wir nach bestem Wissen und Gewissen. Ich danke der überwältigenden Mehrheit der Spandauer für ihr vorbildliches Verhalten. Sie halten Abstand, sie bleiben zu Hause und sie organisieren ihren Alltag neu. Wir hoffen alle, dass die uns allen auferlegten Beschränkungen schnellstmöglich nicht nötig sind und ich freue mich auf ein gesundes Wiedersehen mit Ihnen in unserem schönen Spandau.“

Einschränkungen

Spielplätze, Sportanlagen & Seniorenklubs sind zu

Wir haben in Spandau ein attraktives Outdoor-Angebot für Familien, Jugendliche, Sportler und Senioren geschaffen. Wir wollen, dass sich die Spandauerinnen und Spandauer begegnen, sich austauschen, sich sportlich messen und dadurch ihre Freizeit sinnvoll gestalten können. Wir werden auch weiterhin diese Angebote ausbauen, aber derzeit ist deren Nutzung untersagt.

Das gesellschaftliche Leben auf unseren Sportanlagen, Seniorenklubs und Spielplätzen ruht aufgrund der Corona Epidemie. Die Ordnungskräfte kontrollieren, ob sich alle daran halten und nur wenige scheinen die Sperrungen und Schließungen nicht verstehen zu wollen. Auch die Nutzung von Grünanlagen und Parks sind beschränkt. Sind die Maßnahmen notwendig oder übertrieben? Was sagt unser Jugendstadtrat Stephan Machulik zu der derzeitigen Situation?

„Es ist mir wichtig, dass sich besonders Kinder bewegen, an der frischen Luft sind und Sonne tan-

ken können, aber ich muss verhindern, dass sich durch Kontakte der Virus verbreitet. Schnell mal auf kurze Distanz versehentlich genießt oder gehustet, den Virus auf andere übertragen und schon sind Risikogruppen wie Opa und Oma anderer Familien gefährdet. Gehen Sie mit ihren Kindern raus, machen Sie kurze Fahrradtouren, Waldexkursionen und Wanderungen, aber bitte vermeiden Sie nahe und direkte Kontakte mit Fremden und Gebrauchsgegenständen im öffentlichen Raum. Wir wollen alle, dass Oma und Opa auch morgen noch für ihre Enkelinnen und Enkel da sind.“



Die Spielplätze sind zurzeit zu.

Foto: SPD-Fraktion Spandau

Nahversorgung in Zeiten von Corona

Die Spandauer Wochenmärkte haben geöffnet

Spandau hat zwei städtische Wochenmärkte. Den einen mittwochs und samstags vor dem Rathaus und den anderen am Donnerstag im Michelstadter Weg im Norden von Spandau in Hakenfelde. In einigen Bezirken und in anderen Bundesländern wurden aufgrund der Corona Epidemie die Märkte abgesagt.

Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich aber eine Nahversorgung gleich um die Ecke, frisches Obst, Gemüse, Fleisch, Wurst, Eier und Käse, und für zu Hause auch noch Schnittblumen. Gewünscht ist also ein tolles Angebot, günstig und kurze Wege. Die Realität ist aber, dass die meisten Spandauerinnen und Spandauer, die entsprechend mobil sind, gleich zu den Discountern fahren, bei denen sie neben den obengenannten Produkten auch noch Konserven, Fahrräder, Fernseher, DVDs und Hygienemittel erwerben können.

Ist ein Wochenmarkt also noch zeitgemäß und wird es diesen zukünftig in Spandau geben? Was

sagt der zuständige Stadtrat?

„Die städtischen Wochenmärkte sind seit Jahren unter einem extremen Konkurrenzdruck. Die Händler schwinden, die Kunden erwarten eine ansprechende Warenpräsentation, am besten nachhaltig und ökologisch, aber zu Preisen wie in den Supermärkten. Ich halte am Wochenmarkt fest: Vom Alt-Bürgermeister habe ich gelernt, die Spandauer Schnauze ist hier ungeschminkt zu hören, denn beim Austausch vor den Händlern sagt der Spandauer was er denkt. Näher kommt der Bürger der Politik und der Bezirk den Bürgerinnen und Bürgern nicht. Wir haben aufgrund der Corona-Epidemie harte Einschränkungen vollziehen müssen, das Angebot ist auf Lebensmittel und Blumen beschränkt, aber wir haben alles getan, damit wir derzeit die Eindämmungsverordnung erfüllen, mit Abständen der Stände, Sprühkreide Markierungen für die Kunden und Informationsmaterial zur Vorbeugung. Auf unseren Wochenmärkten bewegen sich die

Spandauerinnen und Spandauer sicher. Und damit nach der Epidemie auch wieder alle Händler da sind, entlasten wir alle Markttreibenden, die durch die Corona Epidemie finanzielle Nachteile erlitten haben. Also den Wochenmarkt wird es auch nach der Corona Epidemie in Spandau geben!“



Die Wochenmärkte in Spandau sind geöffnet. Foto: SPD-Fraktion Spandau

„Das Jugendamt in Spandau ist erreichbar!“

Unsere Einrichtungen sind geschlossen aber wir sind für unsere Jugendlichen erreichbar

Seit zwei Wochen sind die Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen. Eine gespenstische Leere herrscht in unseren großen Jugendtreffs wie dem Klubhaus, dem Steig, dem Haveleck und dem Geschwister-Scholl-Haus.

Alle unsere Einrichtungen in Hakenfelde, Staaken, Siemensstadt und Kladow waren gut besuchte Treffpunkte an denen die Jugendlichen in Spandau sich austauschen konnten, gemeinsame Aktivitäten unternahmen oder Hilfestellungen für schwierige Lebenssituationen erhielten. In der Jugendarbeit ist der persönliche Kontakt mit den Heran-



Die Jugendeinrichtungen sind geschlossen, dennoch ist das Jugendamt erreichbar. Foto: SPD-Fraktion Spandau

wachsenden unerlässlich. Aber wie soll dies in Zeiten einer Pandemie klappen, in denen Kontakte eingeschränkt werden?

Der Spandauer SPD-Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend Stephan Machulik antwortet auf diese Frage: „Das Jugendamt in Spandau ist erreichbar!“ Telefonisch, um mit Rat und Hilfestellungen die Jugend zu unterstützen, vor Ort in den Grünanlagen, in denen jetzt die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Erzieherinnen und Erzieher, die normalerweise in den bezirklichen Einrichtungen

arbeiten, mit dem vorgeschriebenen Abstand auf die Jugendlichen zugehen und mit ihnen in Kontakt bleiben und natürlich virtuell. Das Angebot dieser Einrichtungen über soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram, WhatsApp oder Discord abrufbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich umgehend auf die neue Situation eingestellt. Die Anbindung mit den Jugendlichen in Spandau geht hier neue digitale Wege. Aber natürlich freuen sich alle darauf, dass die bezirklichen Einrichtungen in Zukunft wieder mit Leben gefüllt werden.

Aus der Krise lernen - digitale Schule für Spandau!

Corona zeigt die Mängel im digitalen Schulbereich auf

Die Schließung aller Schulen in Berlin im März hat die Schulleitungen und Kollegien vor bisher ungekannte Herausforderungen gestellt: Innerhalb weniger Tage mussten Pläne gemacht und umgesetzt werden, wie aus der Ferne möglichst sinnvolle Lernangebote für die Schüler*innen gemacht werden können.

Nicht alle Schulen waren in Sachen Digitalisierung und Kommunikation bereits vorher so weit, und so wurden an vielen Schulen hektisch E-Mail-Adressen eingesammelt und Mailverteiler erstellt - oder ganz traditionell etliche Arbeitsblätter kopiert, um die Schüler*innen zumindest für die erste Zeit mit Lernmaterialien zu versorgen.

Andere Schulen verfügten bereits über etablierte digitale Kommunikationswege, und Angebote des Senats wie der Lernraum Berlin oder von privaten Anbietern von Schulsoftware zum Austausch von Lernmaterialien waren so gefragt wie noch nie. Hier zeigte sich aber



Die Krise zeigt, dass viele Schülerinnen und Schüler weder in der Schule noch Zuhause für die Schule 4.0 ausgestattet sind.. Foto: Pixabay

auch der bisher vielerorts mangelhafte Aufbau der IT-Infrastruktur: Die Server der gängigen Anbieter waren dem plötzlichen massenhaften Ansturm nicht gewachsen und es dauerte Tage, bis die Kommunikation mit den Schüler*innen und

Kolleg*innen mehr oder weniger problemlos lief. Doch nicht nur von Seiten der Schulen stellt die IT-Ausstattung ein Problem dar: Viele Schüler*innen verfügen zuhause gar nicht über die entsprechenden technischen Geräte, um die vielen

digitalen Angebote und Aufgaben adäquat zu bearbeiten. So besitzen zahlreiche Familien keinen Laptop oder PC oder mehrere Familienmitglieder müssen sich ein Gerät teilen, Drucker sind oft nicht vorhanden und die Aufgaben müssen dann

mehr schlecht als recht auf kleinen Smartphone-Bildschirmen bearbeitet werden.

In dieser Ausnahmesituation ist auch von Seiten der Lehrkräfte viel Augenmaß gefordert, was den Umfang von Aufgaben und die Bewertung der Ergebnisse angeht. Und nicht zuletzt sind Lehrer*innen gerade jetzt auch als Gesprächspartner*innen gefragt, die bei schulischen und häuslichen Problemen ihrer Schüler*innen ein offenes Ohr haben müssen - wenn es nötig ist, auch in den Ferien.

So ungewohnt und schwierig die Situation gerade für alle ist, so bieten sich doch auch Chancen für die Digitalisierung von Schule und Unterricht. Notgedrungen werden gerade neue Wege gegangen, aus denen auch für die zukünftige Gestaltung von Schule gelernt werden kann - sowohl was die Ausstattung von Schulen und Schüler*innen mit technischen Geräten angeht als auch in Fragen von Datenschutz bei der Auswahl von Softwarelösungen zur Kommunikation.



**An alle, die die Pandemie
bekämpfen und unser
Gemeinwohl am Laufen
halten.**



DANKKE